



Bremen und Bremerhaven: KI-Metropolen im Norden

*Positionspapier der CDU-Bürgerschaftsfraktion Bremen
anlässlich der IJCAI-ECAI*

Beschluss vom 16. August 2026

1. Anlass und Rahmen

Wenn im August 2026 mehrere tausend KI-Fachleute aus aller Welt zur weltweit renommierten KI-Konferenz IJCAI-ECAI (International Joint Conference on Artificial Intelligence & European Conference on Artificial Intelligence) nach Bremen kommen, wird der Diskurs über Künstliche Intelligenz (KI) nicht im wissenschaftlichen Elfenbeinturm geführt, sondern kommt mitten in die Stadt – mit einer Vielzahl von Konferenzen, Workshops und Tutorials, die sich nicht nur an IT-Experten, sondern auch an interessierte Bürger, Schüler, Studenten, Unternehmen und politische Entscheider richten. Dies ist eine große Chance für unser Bundesland, sich als innovativer KI-, leistungsfähiger Messe- und starker Wirtschaftsstandort zu präsentieren, Netzwerke zu knüpfen und auszubauen sowie an Best Practices zu partizipieren.

Der Diskurs kommt genau zum richtigen Zeitpunkt. KI-Anwendungen halten immer mehr Einzug in den Alltag: in der Industrieproduktion¹ und im Dienstleistungssektor, in Raumfahrt, Verteidigungswirtschaft und Logistik, in Gesundheit und Pflege, in Bildung und Wissenschaft, in der Unterwasser- und Klimaforschung und nicht zuletzt in der staatlichen Verwaltung. Dabei ist die gesellschaftliche

¹ Hierzu zählen beispielsweise KI-basierte Analyse-, Planungs- und Automatisierungssysteme, digitale Plattformen und Produktionssysteme und Systeme zur Prozessautomatisierung.

Diskussion über die Chancen und Risiken von KI-Systemen in vollem Gange. In diese Diskussion möchten wir uns als CDU-Bürgerschaftsfraktion mit einer eigenen, bremischen Perspektive einbringen, Position beziehen und dem Senat klare Handlungsaufträge erteilen. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf eine Reihe parlamentarischer Initiativen unserer Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft (Drucksachen-Nummern [21/369](#), [21/371](#), [21/427](#), [21/667](#), [21/825](#) und [21/1301](#)).

2. Standortbestimmung

Mit den renommierten Instituten der Universität Bremen im KI-Bereich (TZI², Institut für Künstliche Intelligenz, BIBA³ und Zentrum für Industriemathematik), außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie dem DFKI⁴ mit seinem Robotics Innovation Center, dem MEVIS⁵ und dem BIPS⁶ sowie erfolgreichen Ausgründungen aus der Wissenschaft nimmt Bremen eine starke Stellung im Bereich der KI-Forschung und -entwicklung ein. Diese und weitere Akteure kooperieren in der U Bremen Research Alliance (UBRA). Um dieses Forschungscluster herum hat sich ein schnell wachsendes KI-Ökosystem entwickelt. Etablierte Unternehmen aus der Luft- und Raumfahrt, maritimen Wirtschaft, Logistik und Windenergie treffen auf eine aktive IT- und Gründerszene.

Mit dem Beschluss der „Bremen.KI – Strategie Künstliche Intelligenz“ (KI-Strategie) im Herbst 2020 hat der Bremer Senat erste Weichen für die weitere Entwicklung des Standortes gestellt. Kernstück war der Aufbau des Transferzentrums für Künstliche Intelligenz BREMEN.AI (KITZ), das im Jahr 2022 im Digital Hub Industry (DHI) sowie in Kooperation mit der Hochschule Bremerhaven eröffnet wurde und den Wissens- und Technologietransfer von der Forschung in die bremische Unternehmenslandschaft fördern soll. Darüber hinaus gab der Senat am 23. August 2024 in einem Memorandum of Understanding mit der Universität Bremen den

² Technologie-Zentrum Informatik und Informationstechnik

³ Bremer Institut für Produktion und Logistik

⁴ Deutsches Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz

⁵ Fraunhofer-Institut für Digitale Medizin

⁶ Leibniz-Institut für Präventionsforschung und Epidemiologie

Startschuss zur Entwicklung einer KI-Strategie für die öffentliche Verwaltung, die jedoch noch immer nicht final vorliegt bzw. verabschiedet wurde.

Folgende Befunde sind für die Standortbestimmung relevant:

- Im [Bitkom Länderindex 2026](#), dem Digitalranking der 16 Bundesländer, belegt Bremen mit einer Gesamtwertung von 60,6 Punkten einen mittleren 7. Platz. In den Bereichen „Digitale Infrastruktur“ (3. Platz) und „Digitale Wirtschaft“ (5. Platz) schnitt Bremen gut ab, auf den Feldern „Governance & Verwaltung“ (11. Platz) und „Digitale Gesellschaft“ (16. Platz) hingegen schlecht. Die Ausgangsbasis ist also gut, allerdings gibt es insbesondere bei der Verwaltungsdigitalisierung noch viel Luft nach oben. Beispielsweise hat das Land Bremen erst 39 Prozent der OZG-Leistungen flächendeckend umgesetzt und liegt damit auf einem mittleren 9. Platz. Beim [Smart City Index 2025](#) des Bitkom, dem Digitalranking der 82 deutschen Großstädte, in dem auch KI-basierte Anwendungen eine Rolle spielen, landete Bremen mit Platz 42 ebenfalls im Mittelfeld.
- Gemäß der [German AI Startup Landscape 2025](#) des appliedAI Institute for Europe spielt das Land Bremen bei der absoluten Zahl von KI-Start-ups aufgrund seiner geringen Größe (fünf KI-Start-ups bzw. ca. 0,5 Prozent an allen KI-Start-ups) eine geringe Rolle. Gemessen an der Einwohnerzahl landet Bremen auf einem 7. Platz im Mittelfeld. Berlin, Hamburg und Bayern sind die Hotspots für KI-Gründungen.⁷

Zusammengefasst: Unser Standort ist Spitze bei und Exporteur von KI-Forschungsergebnissen, hat allerdings Verbesserungspotenzial, wenn es darum geht, Innovationen in marktfähige Anwendungen zu überführen und diese – auch

⁷ Bundesweit bilden branchenübergreifend tätige KI-Start-ups mit 17 Prozent den größten Anteil, gefolgt von der Branche Gesundheitswesen und Sozialwesen, in der 12 Prozent der KI-Start-ups tätig sind, und dem Fertigungssektor, der 9 Prozent der KI-Start-ups auf sich vereint. Die meisten deutschen KI-Start-ups sind dabei in der Entwicklung von Plattformen und von Anwendungen (jeweils 29 Prozent) tätig. Jedes dritte KI-Start-up (34 Prozent) hat sich dabei auf generative KI-Lösungen spezialisiert. Auf Ebene der Bundesländer liegen keine Daten vor. (Quelle: [German AI Startup Landscape 2025](#))

im staatlichen Bereich – flächendeckend zu implementieren und strategisch einzusetzen.

3. Unser Leitbild

Wir sehen Künstliche Intelligenz als nützliches und wirkungsvolles Werkzeug. Sie kann Muster und Zusammenhänge in großen Datenmengen erkennen, die einem menschlichen Auge oder einem Fachprogramm verborgen bleiben. Sie kann komplizierte Aufgaben lösen, Texte, Präsentationen, Bilder und Videos erstellen, Websites und Apps bauen, Musik komponieren und vieles mehr. Damit entlastet sie nicht nur Menschen bzw. macht deren Arbeit produktiver, sie wächst immer mehr zu einem „neuen Kollegen“ heran.

Wir wollen Wirtschaft und Wissenschaft in Bremen und Bremerhaven dabei unterstützen, KI-Forschungsergebnisse in eigene, marktfähige KI-Anwendungen zu überführen. Europa, Deutschland und Bremen müssen zu eigenständigen Akteuren werden. Dafür braucht es Forschungsstärke, Vernetzung, Clusterbildung, Ausgründungen aus der Wissenschaft und Start-up-Förderung. Mit dem Einzug von KI in Schule, Ausbildung, Beruf und Alltag verändern sich zudem die Anforderungen an Bildung fundamental. Speziell in der staatlichen Verwaltung kann KI Verfahren vereinfachen und beschleunigen. Für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen heißt das: kürzere Wartezeiten, weniger Formulare, verständlichere Bescheide. So wird der Staat zum digitalen Dienstleister.

Für uns ist klar, dass die Verantwortung für KI gestützte Ergebnisse und deren Bewertung beim Menschen bleiben muss, der den Kontext kennt und über Urteilsvermögen verfügt. Wenn KI selbst zum unkontrollierbaren Akteur wird, wird sie gefährlich. Hierfür braucht es Schutzmechanismen und eine kluge Regulierung. Abhängigkeiten von wenigen großen US-amerikanischen Unternehmen müssen vermieden bzw. verringert werden. Das geht nur mit einer starken eigenen KI-Landschaft. Die KI-Revolution betrifft uns als Gesellschaft insgesamt. Deswegen gehört die Diskussion darüber auch in die Mitte der Gesellschaft.

Wir wollen das Land Bremen zur uneingeschränkten KI-Metropole des Nordens machen. Dafür bedarf es einer Strategie mit klaren Zielen und Maßnahmen.

4. Handlungsfeld Wirtschaft und Arbeitswelt

Innovation, technologischer Fortschritt, Produktivitäts- und Wirtschaftswachstum sind ohne KI zukünftig schwer denkbar. Wichtige KI-Anwendungsfelder im Land Bremen liegen insbesondere in den Häfen (Bsp. Smartport Living Lab), der maritimen Wirtschaft und Logistik (Bsp. Testfeld für autonom fahrende Shuttlebusse und Schiffe), der Luft- und Raumfahrt (Bsp. Testfeld für Drohnen, Weltraumrobotik) sowie dem Gesundheitswesen (Bsp. KI-unterstützte Bildgebung).

Hierfür braucht es belastbare Infrastruktur – vor allem Rechenkapazitäten. Gemeinsam mit leistungsfähigen Breitband- und Stromnetzen sind sie eine strategische Säule der Digitalwirtschaft. Bremen liegt hier unter dem Anspruchsniveau: Mit 19 Megawatt installierter Anschlussleistung rangieren wir bundesweit auf dem vorletzten Platz – als einziges Bundesland ohne angekündigten Zubau von KI-Rechenzentren. Das ist kein Detail, denn bis 2030 sollen sich Rechenzentrumskapazitäten in Deutschland nahezu verdoppeln, die KI-spezifischen sogar vervierfachen. Bremen partizipiert derzeit nicht.

Dabei hat der Standort Trümpfe: Nähe zu windstarken Küstenregionen und damit Zugang zu grünem Strom, verfügbare Hafen-, Industrie- und Konversionsflächen mit energetischer Anbindung, ein Fernwärmenetz zur wirtschaftlichen Nutzung von Abwärme sowie kurze Wege zwischen Verwaltung, Netzbetreibern und Wirtschaftsförderung. Entscheidend ist, diese Vorteile jetzt zu heben. Nach Einschätzung wirtschaftsnaher Forschung bremsen kurzfristig weniger fehlende Erzeugungskapazitäten als vielmehr fehlende Netzanschlüsse, nicht ausgewiesene Flächen und die Dauer von Genehmigungsverfahren. Über diese Hebel entscheidet in vielen Punkten das Land.

Mit der Integration des zuvor privatwirtschaftlich getragenen Netzwerks BREMEN.AI in das KITZ im DHI im Jahr 2022 sollte eine One-Stop-Plattform für

143 bremische Unternehmen zum Thema KI geschaffen werden – eine gute Idee, die
144 aber holprig umgesetzt wurde. Fakt ist: Die Transferpfade von der Forschung in
145 Mittelstand und Industrie sind im Land Bremen ausbaufähig. Die „Transferlücke“
146 zwischen Forschung und Verwertung spiegelt sich auch in der Zahl der Patent-
147 anmeldungen wider.⁸ Wir sehen im DHI einen wichtigen Baustein, um diese Trans-
148 ferlücke zu schließen. Dort treffen Unternehmen mit praktischen Problemen auf
149 die Technologie von morgen. Wir wollen ihn zu einem Hotspot für KI, Start-ups,
150 Mittelstand und Industrie weiterentwickeln.

151
152 Um privates Wagniskapital für Investitionen in (KI-)Start-ups im Land Bremen, in
153 Deutschland und Europa statt im Silicon Valley zu aktivieren, müssen die regula-
154 torischen Rahmenbedingungen auf EU-Ebene verbessert werden. Dazu zählt
155 eine Anpassung der Eigenkapitalvorschriften für institutionelle Investoren, wie
156 Versicherer und Pensionskassen, im Rahmen von Solvency II.⁹ Bei der (KI-)Start-
157 up-Förderung sowie der einzelbetrieblichen Innovationsförderung im Land Bre-
158 men erwarten wir mehr Transparenz und Schlagkraft.¹⁰

159
160 KI wird das Arbeiten und die Berufslandschaft grundlegend verändern – ähnlich
161 und wahrscheinlich deutlich stärker und schneller, wie das bei der industriellen
162 Revolution der Fall war. Beschäftigte in Bereichen mit hohem Automatisierungs-
163 druck, wie etwa in Produktion oder Sachbearbeitung, benötigen neben betriebli-
164 cher Weiterbildung auch staatlich geförderte Umschulungsmaßnahmen, um sie
165 für höherwertige, technologiegestützte Aufgaben zu qualifizieren. Die

⁸⁸ Im [DPMA-Ranking 2025](#) befand sich das Land Bremen mit 17 Patentanmeldungen je 100.000 Einwohner mit Platz 8 nur im Mittelfeld der Bundesländer, wobei hier alle Patente und nicht nur solche für KI-Anwendungen einfließen.

⁹ Solvency II ist ein einheitliches EU-Regelwerk für die Kapitalausstattung und das Risikomanagement von Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen. Es trat im Januar 2016 in Kraft und schützt Kunden, indem es sicherstellt, dass Versicherer jederzeit genug Geld haben, um Schäden zu bezahlen.

¹⁰ Die Innovationsförderprogramme FEI (Forschung, Entwicklung und Innovation), LuRaFo (Luft- und Raumfahrt-Forschungsprogramm), PFAU (Förderung anwendungsnaher Umwelttechniken) und AUF (Förderprogramm Angewandte Umweltforschung) wurden in den vergangenen Jahren laut [Auskunft des Senats](#) insgesamt von 15 Unternehmen genutzt, wie viele KI-Unternehmen darin enthalten sind, ist unbekannt. Zu dem am 1. April 2026 gestarteten Programm „[Digitaler Mittelstand KI](#)“ sowie dem Vorgängerprogramm „Digitaler Mittelstand“ fehlen ebenfalls belastbare Zahlen. Das aktiv gemanagte Portfolio „Beteiligungskapital für Entwicklung und Wachstum von Startups“ der Bremer Aufbau-Bank (BAB) weist innerhalb der letzten vier Jahren sechs KI-Start-ups auf.

Arbeitsmarktpolitik im Land Bremen hat darauf noch keine systematische Antwort gefunden. In Bremen und Bremerhaven gibt es zwar bereits viele allgemeinbildende sowie berufsspezifische Fort- und Weiterbildungsangebote mit KI-Bezug.¹¹ Allerdings fehlt vielen KMU und Beschäftigten der Überblick darüber.¹² Vor allem aber fehlt es der Arbeitsmarktpolitik des Landes Bremen an einer strategischen Klammer. Was nützt eine 38 Millionen Euro schwere [Arbeitsmarktstrategie](#) des Senats Bovenschulte, wenn darin das Wort „Künstliche Intelligenz“ nicht einmal vorkommt?

Wir wollen:

- das KITZ und den DHI zu einem Hotspot für Start-ups, Mittelstand und Industrie weiterentwickeln,
- die Finanzierung des DHI über 2027 hinaus sichern und durch eine Zielvereinbarung mit klaren, messbaren Kennzahlen unterlegen,
- (KI-)Ausgründungen aus der Wissenschaft durch standardisierte, rechtssichere Musterverträge für geistiges Eigentum (IP) unterstützen,
- Start-ups und Scale-ups mit KI-basierten Geschäftsmodellen im Land Bremen gezielt fördern,
- die Entwicklung und Erprobung autonomer Systeme aus dem Bremer EFRE-Programm¹³ fördern und ein eigenständiges KI-Förderprogramm prüfen,
- KI-Testfelder („Reallabore“), z.B. zum autonomen Fahren oder für smarte Logistik im Hafen, ausbauen,
- uns auf Bundesebene für bessere regulatorische Rahmenbedingungen für Wagniskapitalinvestitionen institutioneller Anleger in europäische (KI-) Start-ups einsetzen,
- ein Programm „KI im Einsatz“ auflegen, das KMU den Einstieg über konkrete Use Cases, Referenzdatensätze und Zugang zu Rechenleistung ermöglicht,

¹¹ Eine Abfrage bei [„Mein Now“](#) liefert zum Stichwort „Künstliche Intelligenz“ 6.643 Weiterbildungsangebote im Land Bremen (Stand: 11.08.2026).

¹² Das anbieterübergreifende Nationale Onlineportal für berufliche Weiterbildung „Mein Now“ der Bundesagentur für Arbeit kann hierbei unterstützen.

¹³ Europäischer Fonds für regionale Entwicklung

- uns für den Bau von Rechenzentren im Land Bremen einsetzen, dafür geeignete Gewerbeflächen mit Netzanschlusspotenzial bereitstellen sowie Genehmigungen zentral bündeln und mit festen Fristen versehen,
- Abwärmenutzung und netzdienliche Lastflexibilität zum Markenzeichen bremischer Rechenzentrumsansiedlungen entwickeln,
- die öffentliche Beschaffung des Landes als Leitmarkt für souveräne KI-Lösungen nutzen und Anforderungen an Datenhaltung, Betriebsort, Portabilität und offene Standards vergaberechtssicher verankern,
- die Beteiligung bremischer Forschungseinrichtungen und Unternehmen an Vorhaben der Sicherheits- und Verteidigungsforschung ermöglichen und bestehende Hürden abbauen,
- die Arbeitsmarktstrategie des Landes Bremen sowie die Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramme der Jobcenter überarbeiten, um Qualifizierungsmaßnahmen strategisch auf die durch KI ausgelösten Umbrüche in der Arbeitswelt auszurichten,
- Weiterbildungsportale wie „Mein Now“ bekannter machen und KI-Weiterbildungsangebote durch Bildungsgutscheine und den Bremer Qualifizierungsbonus fördern.

5. Handlungsfeld Bildung und Wissenschaft

Das Land Bremen ist ein starker KI-Wissenschafts- und Forschungsstandort. Diese starke Position macht Fachwissen und Ressourcen verfügbar, die die Integration von KI in Lehre und Verwaltung begünstigen. An der Universität Bremen gibt es derzeit drei „reine“ KI-Professuren. Zum Wintersemester 2024/2025 startete dort der Masterstudiengang „Artificial Intelligence and Intelligent Systems“¹⁴ mit einem starken Fokus auf die Themenfelder KI, Kognitive Systeme und Robotik. Darüber hinaus gibt es an den bremischen Hochschulen eine Vielzahl von Studiengängen mit signifikanten KI-Anteilen. Es existiert eine enge Zusammenarbeit zwischen den bremischen Hochschulen und ihren Instituten mit den zwölf

¹⁴ Dieser startete im [Wintersemester 2024/2025](#) mit 43 und [Wintersemester 2025/2026](#) mit 35 Neueinschreibungen bei gleichzeitig hoher Nachfrage und Zulassungsbeschränkung, was für einen Kapazitätsengpass spricht.

Bund-Länder-finanzierten außeruniversitären Forschungsinstituten im Land Bremen im Rahmen der UBRA.

Vor allem die anwendungsnahen Forschungseinrichtungen in Bremen und Bremerhaven erzeugen eine internationale Strahlkraft. Im bundesweiten Vergleich erzielt das Land Bremen im Wissenschaftsbereich eine überdurchschnittlich hohe Drittmittelquote. In einem Haushaltsnotlageland ist das ein wichtiger Aspekt. Wir stehen zum Ausbau der Forschungskapazitäten und -kompetenzen im Bereich KI. Die Reduzierung der Landesförderung für das DFKI durch den Senat Bovenschulte¹⁵ – die inflationsbereinigt noch stärker ins Gewicht fällt – halten wir für falsch und werden sie umkehren. Denn jeder zusätzliche Euro des Landes für das DFKI hat das Potenzial, im Rahmen des Drittelmodells¹⁶ zwei zusätzliche Euro an Drittmitteln einzuwerben.

Leistungsfähige Dateninfrastrukturen sind die Voraussetzung für den wirksamen Einsatz Künstlicher Intelligenz in der Forschung. Vor diesem Hintergrund ist die Fertigstellung des Data Science Centers (DSC) als interdisziplinäres Institut an der Universität Bremen ein wichtiger Baustein. Das DSC bietet Dienste für Forschende aller Wissenschaftsschwerpunkte an und ist mit den UBRA-Partnereinrichtungen vernetzt. In einem zweiten Schritt muss es darum gehen, auch Unternehmen einzubinden, die Forschungsdaten für KI-Anwendungen nutzbar machen. Aufgrund der hohen Nachfrage nach Trainings, Workshops und Qualifizierungsangeboten im Bereich Data Science sollte eine Kooperation mit der Akademie für Weiterbildung der Universität Bremen etabliert werden.

Die Aufklärung und Sensibilisierung der Gesellschaft für den informierten und verantwortungsvollen Umgang mit KI ist ebenso wie die Sicherung des KI-Fachkräftenachwuchses nicht allein Aufgabe von Wissenschaft und Forschung. Sie

¹⁵ Die Entwicklung der Landesförderung für das DFKI gestaltete sich nach [Auskunft des Senats](#) wie folgt:

2021: 2,6 Mio. Euro, 2022: 2,9 Mio. Euro, 2023: 2,5 Mio. Euro, 2024 bis 2027: je 2,4 Mio. Euro.

¹⁶ Die DFKI GmbH wurde als gemeinnützige Public-Private Partnership gegründet. Die Finanzierung erfolgt auf der Grundlage von regelmäßigen Evaluierungen über Zuwendungen öffentlicher Auftraggeber und Entwicklungsaufträge der Industrie, wobei ein Drittelmodell (1/3 IndustriegeSELLschafter, 1/3 Sitzländer, 1/3 Bund) angestrebt wird.

muss breiter und früher ansetzen. Schule, Erwachsenenbildung, frei zugängliche Workshops und öffentliche Veranstaltungen spielen hierbei eine wichtige Rolle.

Mit dem Einzug von KI in Schule, Ausbildung und Alltag verändern sich auch die Anforderungen an Bildung. Schülerinnen und Schüler müssen lernen, KI-Systeme nicht nur anzuwenden, sondern ihre Funktionsweise, Möglichkeiten und Grenzen zu verstehen, Ergebnisse kritisch zu überprüfen und verantwortungsvoll mit Daten umzugehen, die sie in ein KI-System eingeben. KI-Kompetenz wird zukünftig zu einer wichtigen Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe in einer von digitalen Technologien geprägten Arbeitswelt. Wir wollen Bremen und Bremerhaven zum Vorreiter für KI-Bildung machen. KI soll dabei nicht als isoliertes Spezialthema behandelt werden, sondern als Querschnittsthema, das alle Fächer betrifft. Einen besonderen Schwerpunkt legen wir auf die Vermittlung von Informatikkenntnissen, auch durch Seiteneinsteiger, in der Schule sowie die Lehramtsausbildung. Die Schulen im Land Bremen benötigen zudem eine sichere, datenschutzkonforme KI-Infrastruktur.

Wir wollen:

- die Landesförderung für das DFKI anheben,
- bestehende Alleinstellungsmerkmale in der KI-Forschung, wie im Bereich Robotik, Diagnostik und Prävention, weiter schärfen,
- die Kapazitäten in Forschung und Lehre bei KI-bezogenen Studiengängen ausbauen und deren Curricula weiterentwickeln,
- das Data Science Center (DSC) für eine Kooperation mit Unternehmen und anderen Weiterbildungsträgern öffnen,
- klare Regeln für den KI-Einsatz bei Prüfungsleistungen und deren Bewertung definieren,
- in Schule und Gesellschaft mathematisch-informatische Interessen und Kompetenzen fördern und dafür Projekte wie „#MOIN! – Modellregion Industriemathematik“ und „DFKI macht Schule“ unterstützen,
- KI-, Medien- und digitale Kompetenzen fest in die Lehrpläne der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen im Land Bremen integrieren,

- Informatik flächendeckend als reguläres Unterrichtsfach in den oberen Jahrgangsstufen der Sekundarstufe I einführen und informatisches Denken bereits in der Grundschule fördern,
- ein reguläres Lehramtsangebot Informatik an der Universität Bremen aufbauen sowie eine verbindliche KI-Grundqualifizierung für Lehrkräfte und Schulleitungen etablieren,
- KI gezielt zur individuellen Förderung, Sprachförderung und Inklusion sowie zur Entlastung von Lehrkräften von administrativen Aufgaben einsetzen,
- allen Schulen einen datenschutzkonformen und altersgerechten Zugang zu leistungsfähigen KI-Systemen bereitstellen.

6. Handlungsfeld Gesundheit und Prävention¹⁷

Das deutsche Gesundheitssystem steht durch eine alternde Gesellschaft und die damit verbundene Zunahme chronischer Erkrankungen unter Druck. Diese Entwicklung wird dadurch verstärkt, dass unser Gesundheitssystem falsche Anreize setzt: Um sich finanzieren zu können, müssen Leistungserbringer wie Kliniken und Arztpraxen ihre Auslastung maximieren und dabei möglichst teure Untersuchungen und Therapien anwenden. Für Gesunderhaltung durch Prävention und Früherkennung steht hingegen nur ein Bruchteil der Ressourcen zur Verfügung.

Der Einsatz von KI kann hier einen Wendepunkt darstellen: Sie kann in großen, heterogenen Datenmengen Muster erkennen, die das menschliche Auge nicht sieht. Lernende Systeme können dabei helfen, Auffälligkeiten in Röntgen- und MRT-Bildern, Herzrhythmusstörungen oder Anzeichen von Demenz früher zu erkennen. Das Land Bremen verfügt in diesem Bereich mit MEVIS (Bsp. KI-Bildgebung) sowie dem BIPS und seinem Wissenschaftscampus Digital Public Health über Alleinstellungsmerkmale. Im vom Land Bremen geförderten „AI Center for Health Care“ arbeiten beide Forschungseinrichtungen mit den

¹⁷ Vgl. zu diesem Kapitel das [Positionspapier „AI4Prevention“](#) von MEVIS und BIPS vom Juni 2026.

Mitgliedseinrichtungen der UBRA in verschiedenen Forschungsprojekten zusammen. Dabei geht es neben KI-Anwendungen im Bereich der Prävention auch um KI-basierte Unterstützungssysteme in der Chirurgie.

Künftig könnten KI-Werkzeuge die Vorsorge effizient und patientenindividuell gestalten. Voraussetzung dafür ist, dass KI-Anwendungen einen datenschutzkonformen Zugriff auf Gesundheitsdaten haben, die in Arztpraxen, bei Krankenkassen, in Laboren oder auf Fitnessarmbändern vorliegen. So ließe sich Prävention zukünftig als integriertes, selbstlernendes System organisieren. Die Verfügbarkeit und Verknüpfung dieser heterogenen, fragmentierten und sensiblen Daten bilden dabei gleichzeitig die größte Herausforderung. Der mit EFRE-Mitteln geförderte Biosignale-Hub an der Universität Bremen arbeitet an der Erstellung eines solchen Datensets aus sensorbasierten Biodaten freiwilliger Teilnehmer.

Den Weg zu KI-unterstützter Prävention und Gesundheitsfürsorge unterstützen wir, setzen uns dabei aber für eine ehrliche Risikoabwägung ein: Überdiagnosen und eine Stigmatisierung aufgrund unzureichender individueller Prävention müssen im Sinne der Fairness vermieden werden. Die ärztliche Entscheidungshoheit muss zu jedem Zeitpunkt gewahrt bleiben. Dazu braucht es eine fundierte Aus- und Weiterbildung. Bei der Sammlung, Verknüpfung und Auswertung von Daten müssen ethische Richtlinien der Datensammlung sowie die Vorgaben des Datenschutzes beachtet werden.¹⁸ Die Teilnahme an entsprechenden Programmen und die Anwendung KI-basierter Methoden muss jederzeit freiwillig sein – so wie das bei der elektronischen Patientenakte (ePA) bereits heute per Opt-out-Option der Fall ist.

Wir wollen:

- laufende Forschungsprojekte sowie die Einwerbung neuer Forschungsprojekte am „AI Center for Health Care“ unterstützen,

¹⁸ Hier sind v.a. die Vorgaben des Europäischen Gesundheitsdatenraums (EHDS) einschlägig: Digitale Gesundheits- und IT-Systeme müssen demnach den sicheren, EU-weiten Austausch von Patientendaten (Primärnutzung) und die datenschutzkonforme Nutzung für Forschung und Politik (Sekundärnutzung) über genormte Schnittstellen erlauben.

- Pilotprojekte für KI-unterstützte Prävention und Gesundheitsfürsorge im Land Bremen mit klarem Transferpfad in die Regelversorgung initiieren,
- vernetzte, EHDS-kompatible Datenräume schaffen und ausbauen – hierfür bietet sich Bremen als Modellregion hervorragend an,
- in diesem Zusammenhang Pilotprojekte zur Verknüpfung und Nutzung von Kassen-, Register-, Bild- und ePA-Daten initiieren,
- digitale und KI-Kompetenzen bei Ärzten, Therapeuten und Pflegekräften fördern,
- eventuelle unerwünschte Effekte, wie Stigmatisierungsrisiken, monitoren und bei Bedarf gegensteuern.

7. Handlungsfeld Verwaltung

Der Einsatz von KI in der bremischen Verwaltung kann dazu beitragen, Anträge schneller zu bearbeiten, Routineverfahren zu automatisieren, Aktenberge abzubauen, Texte zu übersetzen, Fragen (z.B. durch Chatbots) gezielt zu beantworten und knappe Personalressourcen in bürgernahe Funktionen und Dienste umzusteuern. Damit lassen sich die Servicequalität für Bürger und Unternehmen erhöhen sowie die Arbeitszufriedenheit im öffentlichen Dienst steigern. Hierfür braucht es verbindliche Pilotprojekte mit messbaren Zielen, jedoch keine weiteren Machbarkeitsstudien und Workshops, wie sie der Senat plant. Die Arbeit an der KI-Strategie für die öffentliche Verwaltung kommt zu langsam voran.

Unsere Maßstäbe für die Beschaffung und den Einsatz von KI-Anwendungen in der bremischen Verwaltung sind: Anwenderorientierung, Effizienz, Transparenz, Vertrauenswürdigkeit, Plattformunabhängigkeit, Datensicherheit und Datensouveränität. Datenschutz ist für uns dabei ein Qualitätsmerkmal, er darf aber nicht als Ausrede oder Vorwand dienen, um das Once-Only-Prinzip oder den Einsatz von KI zu behindern, etwa, weil die bei einer Behörde vorhandenen Daten nicht mit einer anderen Behörde geteilt werden (dürfen) oder jeweils unterschiedliche, ggf. nicht kompatible Anforderungen an den Datenschutz gestellt werden.

Wichtige Voraussetzungen für den Einsatz von KI in der bremischen Verwaltung bilden die Verfügbarkeit eines spezialisierten Sprachmodells sowie aktueller, valider Daten. Mit LLMoin befindet sich seit letztem Jahr ein datenschutzkonformer KI-Assistent auf Basis kommerzieller Sprachmodelle in der Pilotierungs- und Einführungsphase, der von Dataport¹⁹ betrieben wird. Perspektivisch setzen wir uns für die Entwicklung offener, in Europa entwickelter Sprachmodelle und KI-Assistenten in der Verwaltung ein. Um neue (KI-basierte) digitale Services für Bürger und Unternehmen entwickeln und anbieten zu können, bedarf es darüber hinaus vor allem einer ausreichenden Datenbasis. Dafür müssen vorhandene bremische Register modernisiert sowie über Schnittstellen miteinander vernetzt werden.

Ein Staat, der als ineffizient, veraltet und Barriere wahrgenommen wird, verspielt Vertrauen. Vertrauen ist in der Demokratie jedoch das wertvollste Gut. Daher müssen digitale Kompetenzen verbindlich in Aus- und Fortbildungen für den bremischen öffentlichen Dienst verankert werden. Die Verwaltung muss sich zu einem proaktiven, serviceorientierten Partner für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen entwickeln. So entsteht der funktionierende Staat. KI soll nicht in erster Linie dazu eingesetzt werden, bestehende Prozesse in fragmentierten Einzelinitiativen zu digitalisieren und zu automatisieren. Vielmehr muss sie als Chance begriffen werden, Abläufe unter strategischen Gesichtspunkten neu zu gestalten. Für diesen Prozess bedarf es einer zentralen Verantwortlichkeit, Finanzierung und Steuerung sowie einer Organisationsreform des öffentlichen Dienstes im Land Bremen.

Wir wollen:

- Im Rahmen der KI-Strategie für die öffentliche Verwaltung verbindliche KI-Pilotprojekte mit messbaren Zielen (z.B. Bearbeitungszeit und Rückläuferquote) umsetzen,
- LLMoin zügig flächendeckend einführen und das zugrunde liegende Sprachmodell auf ein offenes, in Europa entwickeltes Modell umstellen.

¹⁹ Dataport ist ein öffentlicher IT-Dienstleister, der von den sechs Bundesländern, darunter Bremen, getragen wird.

- klare Transparenzpflichten und Prüfkompetenzen für den KI-Einsatz in der Verwaltung definieren,
- eine Datenstrategie sowie eine Strategie zur Modernisierung der breminischen Register erarbeiten und umsetzen,
- zur Beschleunigung der Verwaltungsmodernisierung eine Organisationsreform des öffentlichen Dienstes, inklusive einer zeitgemäßen Personalentwicklungs- und Qualifizierungsstrategie angehen,
- die Verantwortung für die Verwaltungsdigitalisierung in einem Senatsressort für Finanzen, Digitales und Verwaltungsmodernisierung bündeln.

8. KI regeln – aber richtig

KI ermöglicht vollkommen neue Anwendungsmöglichkeiten und Geschäftsmodelle. Sie verändert unsere Berufswelt, unser Privatleben und unsere Kultur. Wenn komplexe Systeme Dinge erschaffen, die von ihren Entwicklern kaum mehr erklärt und verstanden werden können, stellen sich jedoch gewichtige Fragen nach ethischen Standards, Sicherheit und dem Schutz von Grund-, Eigentums- und Arbeitsrechten. KI ist keine weitere Automatisierungstechnik wie viele andere. Sie lernt stets dazu, erreicht ihr Ziel ohne Anleitung und kann potenziell eigenständig Entscheidungen treffen und sich selbst weiterentwickeln. Damit würde sie vom Werkzeug zum Akteur werden – mit potenziell unabsehbaren Folgen.

Der im Jahr 2024 von Europäischem Parlament und Rat der Europäischen Union verabschiedete und in Kraft getretene [EU AI Act](#) versucht diesen Gefahren durch Regulierung vorzubeugen. Dabei reguliert er kasuistisch Details in Form von Konformitätsbewertungen, Dokumentationspflichten, Risikomanagementsystemen, Meldepflichten usw., die im Zweifel auch den kleinen Mittelständler belasten, der ein KI-Tool einsetzt. Er beantwortet jedoch nicht die entscheidende Frage, wo die Grenzen maschineller Autonomie liegen. Die Detailregulierung veraltet dabei schneller als die Technik selbst und macht ein permanentes Nachjustieren erforderlich. Schlimmer noch: Sie erschwert die Entwicklung von KI-Modellen in Europa.

Wir sprechen uns daher für einen anderen Ansatz in Form von Top-Level- statt Detail-Regulierung aus. Aus unserer Sicht bedarf es dafür einiger weniger, technologieoffener und dauerhaft gültiger Prinzipien:

- **Zurechenbarkeit:** Für jede KI-gestützte Entscheidung gibt es einen benennbaren Verantwortlichen.
- **Beweislast, wo sie hingehört:** Wer Entwicklung, Betrieb oder Einsatz eines KI-Systems kontrolliert, trägt für seinen jeweiligen Verantwortungsbereich die Darlegungs- und Beweislast.
- **Transparenz über den Einsatz,** nicht nur über die zugrundeliegende Technik.
- **Menschliche Letztentscheidung** bei Entscheidungen, die zulasten eines Menschen von der beantragten oder regelmäßigen Rechtsfolge abweichen, ein Ermessen beinhalten oder Freiheit, Gesundheit, Existenz oder Leben berühren. Wer von einer automatisierten Entscheidung betroffen ist, kann ohne Begründung und ohne Kosten eine menschliche Überprüfung verlangen.

Das Gebot der menschlichen Letztentscheidung muss auch und gerade beim Einsatz von KI für offensive, letale militärische Zwecke gelten. Wenn eine Maschine über Leben und Tod entscheidet, ist niemand mehr dafür verantwortlich. Wir unterstützen daher die aktuellen Bestrebungen im Rahmen der Vereinten Nationen (UN), Verhandlungen über einen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag zur Regulierung autonomer Waffensysteme aufzunehmen.²⁰

Auch die potenziell eigenständige Weiterentwicklung von KI-Modellen sollte aus unserer Sicht einer Top-Level-Regulierung mit folgenden Prinzipien unterliegen:

²⁰ Die UN-Regierungsexpertengruppe zu autonomen Waffensystemen tagt Ende August 2026 zum letzten Mal unter ihrem bisherigen Mandat und soll der Überprüfungskonferenz zum UN-Waffenübereinkommen bis November 2026 einen Bericht vorlegen. Eine große Mehrheit von 130 UN-Staaten ist dafür, Verhandlungen über einen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag zur Regulierung autonomer Waffensysteme aufzunehmen, wobei einige militärisch bedeutende Staaten einem entsprechenden Verhandlungsmandat ablehnend bzw. zurückhaltend gegenüberstehen.

- **Selbstreplikation:** Ein System darf sich nicht ohne menschliche Freigabe selbst verbreiten.
- **Selbstmodifikation:** Ein System darf im Betrieb nicht seinen eigenen Code oder seine eigenen Modellgewichte verändern.
- **Autonome Ressourcenbeschaffung:** Ein System darf sich nicht selbst Ressourcen, wie Rechenzeit, Zugänge oder Zahlungsmittel, beschaffen.
- **Notschalter:** Potenziell gefährliche Systeme benötigen für den Notfall einen Abschaltmechanismus, der nicht umgangen werden kann.
- **Rekursive Selbstverbesserung:** Es muss ausgeschlossen werden, dass KI selbständig eine andere KI trainiert und optimiert.

KI-Anwendungen benötigen unabhängige Qualitätsstandards und Prüfinfrastrukturen. Wer die Qualität, Sicherheit und Fairness von KI-Systemen selbst bewerten und zertifizieren kann, macht sich unabhängiger von außereuropäischen Anbietern und behält die Hoheit über die eigenen Daten und Standards. Das Prüfen, Benchmarken und Zertifizieren von KI ist dabei selbst ein Markt, in dem sich Bremen mit dem DFKI, dem TZI, der Universität Bremen und weiteren Forschungseinrichtungen kompetent und erfolgreich einbringen kann. Notwendig dafür ist ein gesicherter Zugang unabhängiger Forscher zu KI-Modellen analog zum Forschungszugang im Digital Services Act der EU,²¹ der jedoch im EU AI Act nicht vorgesehen ist.

Wir wollen:

- dass sich Bremen auf Bundesebene für eine Überarbeitung des EU AI Acts hin zu einer Top-Level-Regulierung und weniger Bürokratie für KMU sowie zu einem Forschungszugang zu KI-Modellen einsetzt,
- dass sich Bremen auf Bundesebene für ein aktives Vorantreiben der Verhandlungen auf UN-Ebene für ein völkerrechtliches Abkommen zur Regulierung autonomer Waffensysteme einsetzt,

²¹ Artikel 40 des Digital Services Act (DSA) verpflichtet sehr große Online-Plattformen und Suchmaschinen, Forschenden unter bestimmten Bedingungen Zugang zu Daten zu gewähren. Ziel ist es, systemische Risiken wie Desinformation oder Wahlbeeinflussung zu erforschen. Es wird zwischen dem Zugang zu nicht-öffentlichen Daten (über Behördenantrag) und öffentlich zugänglichen Daten (direkt) unterschieden. (siehe: [Gesellschaft für Freiheitsrechte e.V.](#)).

- bei KI-Regulierungen für besonders eingriffsintensive und sensible Entscheidungen ein menschliches Letztentscheidungsrecht verankern,
- im Land Bremen (Forschungs-)kompetenzen für die Prüfung und Zertifizierung von KI-Modellen auf- und ausbauen,
- klare Transparenzpflichten und ein öffentlich einsehbares Register für den Einsatz von KI in der öffentlichen Verwaltung des Landes Bremen etablieren.

9. Unsere zehn Kernforderungen

- 1) Einführung verbindlicher KI-Kompetenzstandards von der Grundschule bis zum Abitur und Berufsabschluss,
- 2) flächendeckende Einführung von Informatik als reguläres Unterrichtsfach in der Sekundarstufe I,
- 3) Weiterentwicklung des DHI und des KITZ zu einem Hotspot für (KI-)Startups, Mittelstand und Industrie,
- 4) Überarbeitung der Arbeitsmarktstrategie des Landes Bremen im Hinblick auf die durch KI ausgelösten Umbrüche in der Arbeitswelt,
- 5) KI-Nachwuchsförderung und -gewinnung durch maßgeschneiderte Studiengänge, (Stiftungs-)Professuren und Weiterbildungsangebote,
- 6) Ausbau von Alleinstellungsmerkmalen, beispielsweise in der KI-basierten Robotik sowie in der KI-gestützten Diagnostik und Prävention,
- 7) Ansiedlung von Rechenzentren im Land Bremen,
- 8) Vorrang für europäische KI-Anwendungen in der Verwaltung,
- 9) Bündelung der Verantwortung für die Verwaltungsdigitalisierung in einem Senatsressort für Finanzen, Digitales und Verwaltungsmodernisierung,
- 10) Überarbeitung des EU AI Act hin zu einer Top-Level-Regulierung.

10. Fazit und Ausblick

Mitte August, während der IJCAI-ECAI, schaut die KI-Welt auf Bremen. Die Frage ist, was sie sieht. Als CDU-Bürgerschaftsfraktion wollen wir, dass sich Bremen

521 und Bremerhaven als leistungsfähige KI-Standorte mit international konkurrenz-
522 fähiger KI-Forschung, veritablen Alleinstellungsmerkmalen und einem leistungs-
523 fähigen, vernetzten KI-Ökosystem präsentieren. Auf dem bisher Erreichten lässt
524 sich dabei nicht ausruhen, dafür geht die Entwicklung zu schnell. Wir benennen
525 klar Verbesserungspotenziale und Handlungsbedarfe im Land Bremen: etwa bei
526 KI-Infrastruktur, Technologietransfer, KI-unterstützter Verwaltungsmodernisie-
527 rung, KI-Schulbildung, Qualifizierung und Fachkräftenachwuchs. Wir halten die
528 KI-Revolution für eine Chance, sind aber im Hinblick auf die ihr immanenten Risi-
529 ken nicht blauäugig. Wir treten daher für eine intelligente und wirksame Regulie-
530 rung sowie eine breite gesellschaftliche Debatte über KI ein.